

## STEUERRECHT

# „Das ist reine Symbolpolitik“

Bundesfinanzminister Olaf Scholz plant die Einführung einer Börsensteuer in Deutschland. Die renommierte Kölner Steuerprofessorin Johanna Hey erklärt, warum er damit die deutsche Aktienkultur gefährdet und Kleinanleger unnötig belastet **VON DANIELA MEYER**

**M**it seiner geplanten Finanztransaktionssteuerverschreckt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) deutsche Kleinanleger. Dabei sollte die Bundesregierung in Zeiten niedriger Zinsen besser alles daran setzen, die Aktienkultur in Deutschland zu fördern und Sparer zum Investieren an der Börse zu ermutigen, statt über die Einführung einer Börsensteuer zu diskutieren. Das findet auch die renommierte Steuerprofessorin Johanna Hey. Im Interview mit Courage erklärt sie, wozu die Steuer ursprünglich gedacht war und warum Kleinanleger von ihr betroffen wären.

**Courage:** Frau Hey, die Bundesregierung plant die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Was wird damit bezweckt?

**Johanna Hey:** Die Steuer soll Geld in die Staatskasse spülen. Das war auch die Überlegung der EU-Kommission, als sie 2011 die Idee hatte, europaweit eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Mit dem Steuergeld sollten ursprünglich die Kosten der Bankenrettung finanziert werden. *Die Steuerzahler sollten also die Bankenrettung der Finanzkrise zahlen?*

Es sollten diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die die hohen Belastungen verursacht hatten, also der Finanzsektor. Dieser sollte über die Steuer einen Teil der Kosten tragen und so einen Beitrag leisten. Zudem wollte man den Hochfrequenzhandel belasten, der als ökonomisch schädlich gilt. Müsste hier für jede Transaktion eine Steuer gezahlt werden, würde das den Handel enorm dämpfen. *Nun wurde aber ausgerechnet der Hochfrequenzhandel von Finanzminister Olaf Scholz von der Steuer ausgenommen.*

Das stimmt und ist absolut nicht nachvollziehbar. Insgesamt gibt es die Ausgangsüberlegung, die Steuereinnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise einzusetzen, überhaupt nicht mehr. Grundsätzlich ist die ganze Diskussion um die Einführung der Steuer zu reiner Symbolpolitik verkommen.

*Die jetzt allerdings die Kleinanleger treffen wird.*

Die Politik behauptet, dass stimme nicht. Nachvollziehbar ist das nicht. Die Banken werden die Steuer anhand von Gebühren weitergeben, und damit wird auch der Kleinanleger ganz direkt getroffen.

## „Die Börsensteuer würde deutsche Kleinanleger direkt treffen.“

*Sollte die Aktienkultur in Deutschland nicht eher gefördert werden?*

Ja, besonders in Zeiten niedriger Zinsen wäre das sinnvoll. Aktuell kann man über andere Produkte, die nicht an der Börse gehandelt werden, kaum mehr eine Altersvorsorge erwirtschaften. Eine Finanztransaktionssteuer ist daher völlig kontraproduktiv, trifft die Falschen und verunsichert die Sparer.

*Was will der Finanzminister dann mit der Steuer erreichen?*

Er meint, man würde damit eher die Vermögenden treffen. Und es stimmt ja auch, dass die Aktienquote bei denjenigen, die ein höheres Vermögen haben, meist höher ist als bei denen, die kein Vermögen

haben. Aber die Weitergabe der Steuer findet natürlich bei allen statt, nicht nur bei den Reichen.

*Wären denn nur Inhaber von Einzelaktien betroffen oder auch Anleger, die ETFs in ihrem Depot haben?*

ETFs wären natürlich auch betroffen. Und damit auch viele Sparer. Denn ein ETF ist ein klassisches Einsteigerprodukt mit geringem Risiko, das viele Kleinanleger im Depot haben. Vor dem Hintergrund, dass das Ziel der Politik eine Erhöhung der Aktienquote in Deutschland ist, geht die Steuer in eine ganz falsche Richtung. Es ist ja keine Alternative, als Privatanleger zum Aufbau einer Altersvorsorge wieder auf irgendwelche schlechten Versicherungsprodukte setzen zu müssen. Keinesfalls kann es darum gehen, nach dem Anleihsparer nun auch noch den Aktiensparer zu strafen, damit alle im selben Boot der Niedrigzinspolitik sitzen.

*Wie viel wird der Kleinanleger letztlich zahlen müssen?*

Das kann man noch nicht abschätzen. Die Steuer in Höhe von 0,2 Prozent des Geschäftswerts der Transaktion zahlt ja erstmal die Kapitalanlagegesellschaft und nicht der Sparer. Ich gehe aber davon aus, dass die Banken die Steuer zu 100 Prozent auf die Anleger umwälzen werden. Es gibt jedenfalls keinen Grund, warum sie das nicht tun sollten.

*Gäbe es eine Alternative zur Finanztransaktionssteuer?*

Wir brauchen weder die Finanztransaktionssteuer noch eine Alternative. Die EU hätte gern eine eigene Steuer. Die Idee, eine neue Steuer einzuführen, ist aus EU-Sicht daher charmant. Zudem sollte es eine sein, die ziemlich geräuschlos ist. Die



## Johanna Hey

Die Professorin für Steuerrecht, 49, hat eine Bilderbuchkarriere hingelegt: Einser-Abi, Jurastudium in Würzburg und an der University of California in Berkley. Ihre Dissertation bei Professor Joachim Lang in Köln wird ebenso ausgezeichnet wie ihre Habilitationsschrift. Mit 32 Jahren ist sie bereits Professorin für Unternehmensteuerrecht in Düsseldorf. Seit 2006 leitet Hey das Institut für Steuerrecht an der Uni Köln und ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums. Seit 2008 ist sie wissenschaftliche Direktorin des Instituts Finanzen und Steuern e.V., zudem seit 2015 geschäftsführende Herausgeberin der Zeitschrift „Steuer und Wirtschaft, für die gesamten Steuerwissenschaften“.

Finanztransaktionsteuer würde ja erst mal von den Banken abgeführt, und der Bürger wäre nicht unmittelbar betroffen. Eine indirekte Besteuerung ist aus Regierungssicht natürlich immer attraktiv, weil weniger Gegenwehr der Bürger zu erwarten ist. Wie man am deutschen Beispiel sieht, wird die Rechnung aber ohnehin nicht aufgehen. Die Mitgliedsstaaten werden Steuerquellen nicht ohne Weiteres ab-

geben. Olaf Scholz hat die Einnahmen der Finanztransaktionsteuer schon für die Finanzierung der Grundrente verplant.

*Aber in der EU hat sich nie eine Mehrheit dafür gefunden.*

Richtig. Dann haben aber in den vergangenen Jahren zum Beispiel Frankreich, Österreich und Italien die Finanztransaktionsteuer auf eigene Faust eingeführt. Und jetzt will Deutschland das auch machen.

### Welche Erfahrungen gibt es denn in Frankreich mit der Steuer?

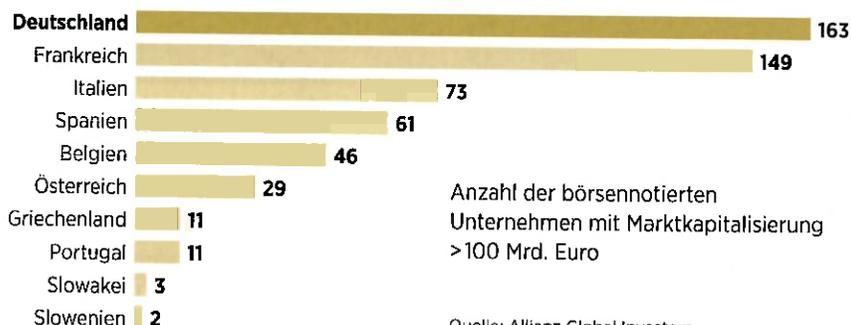
In Frankreich war der Steuersatz so niedrig, dass am Ende kaum etwas dabei herauskam. Man hat dann den Satz noch mal etwas erhöht, aber letztlich ist das auch dort reine Symbolpolitik. Relevante Einnahmen für den Staat werden über die Transaktionsteuer nicht generiert. Es gibt also keinen ökonomisch nachvollziehbaren Nutzen. Man schadet aber ohne Not den Anlegern und der Aktienkultur.

### Woher kommt dann die Forderung nach der Steuer?

Die Parteien glauben, dass es einen ökonomischen Wert für sie hat, wenn sie sich mit einer Forderung durchsetzen. Ob das Thema Sinn macht, ist nebensächlich. Es geht um politischen Erfolg. Die Einkommensteuer bringt im Jahr knapp 300 Milliarden Euro ein. Im Gegensatz dazu ist die Finanztransaktionsteuer unrentabel, erwartet wird ein Aufkommen von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, erkaufte mit erheblichem bürokratischem Aufwand. Die Kernbrennstoffsteuer war auch so ein Zombie und musste zurückgezahlt werden, weil sie verfassungswidrig war. Da ging es nur um politisches Prestige.

## Finanztransaktionsteuer trifft Aktionäre deutscher Unternehmen

Der Vorschlag von Finanzminister Scholz sieht vor, eine Börsensteuer von 0,2 Prozent zu erheben – auf Aktien von Unternehmen, die mehr als eine Milliarde Euro wert sind. Davon wären vor allem Anleger betroffen, die auf deutsche Aktien setzen.



Quelle: Allianz Global Investors